# Thurgauer Zeitung 



24 Jahre oberster Sirnacher Kurt Baumann will nicht mehr fürs Gemeindepräsidium kandidieren. Hinterthurgau

Das Haus bleibt den Erben Bundesgericht weist Klage von Krankenpfleger ab: Er ist erbunwürdig. Thurgau

2022 stimmen wir über die AHV-Reform ab

Vorsorge Die AHV-Reform ist endlich fertig beraten. Morgen Freitag muss sie in die Schlussabstimmung des Parlaments - und nächstes Jahr voraussichtlich vors Volk. SP, Grüne und Gewerkschaften haben bereits das Referendum angekündigt und werden die Unterschriften wohl ohne Probleme zusammenkriegen. Sie wehren sich gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters um ein Jahr. Gemäss Reform wird das Rentenalter schrittweise erhöht. Frauen mit Jahrgang 1961 müssten drei Monate länger arbeiten. Für Frauen mit Jahrgang 1962 sind es sechs und Frauen mit Jahrgang 1963 arbeiten neun Monate länger. Frauen, die 1964 und später geboren sind, gehen dann alle regulär mit 65 in Pension. Für die Frauen, die in den nächsten neun Jahren in Pension gehen und ihre Pläne ändern müssen, hat das Parlament Entschädigungen vorgesehen. (wan) Meinung, Schweiz

## Salzkorn

Bei jedem Besuch der Käseverkäuferin des Vertrauens am St. Galler Marktplatz gibt's zum Abschied ein Schöggeli. Auch die Coiffeuse schenkt einem als Dank für die Treue einen Panettone, denn Weihnachten steht vor der Tür. Und im Secondhandladen versüsst einem die Verkäuferin das Einkaufserlebnis mit selbstgebackenen Guetzli, die man unbedingt noch probieren müsse. Wenn man dann im Neumarkt einkaufen geht, springen einen die Zuckerbomben im Hauptgang von allen Seiten an und rufen: Nimm mich mit und iss mich!

Die Versuchung lauert überall im Zuckermonat Dezember. Manche stellen auf ihren Bürotisch auch noch eine Schale Gummibärchen oder Pralinen auf. Soll die Laune heben. Ob es eine gute Idee ist, sich an jeder Ecke den Bauch vollzuschlagen? Man wird ja älter und damit nicht unbedingt schlanker. Das kleine Stück vom Glück zwischendurch tut jedenfalls gut. Vielleicht hat man in zehn Jahren Diabetes, das weiss man nicht so genau. Egal, die Zuckerindustrie freut's.

## NZEIGE


abopass News
Jetzt anmelden und sparen: tagblatt.ch/abopassnews

# Ignazio Cassis: «Als Arzt ist mir klar, es müsste schneller gehen» <br> Der neue Bundespräsident äussert sich im Interview zur Coronapolitik, zur EU und zu seiner neuen Rolle. 

Doris Kleck und Kari Kälin
Der neugewählte Bundespräsident und ehemalige Arzt Ignazio Cassis sagt im Interview, dass es mit den Impfungen rascher vorwärtsgehen müsste. Als Arzt sieht er durchaus Vorteile in einem Impfobligatorium, weshalb er dieses
nicht kategorisch ausschliessen wolle. impfungen seien eine der wichtigsten Errungenschaften der Medizin. Er betont allerdings: «Pandemiebekämpfung ist nicht nur eine medizinische, sondern eine gesellschaftliche Angelegenheit.» Die direkte Demokratie sei zwar eine wunderbare Sache - aber
nicht unbedingt das beste Instrument zur Bewaltigung einer Pandemiesituaion. Dennoch verteidigt er die Strategie des Bundesrates: «Wenn die Infektionszahlen steigen, dann heisst es, der Bundesrat reagiere zu langsam. Sinken sie wieder, kann der Bundesrat gar nicht schnell genug öffnen.» Der Bun-
desrat wäge allerdings bei jeder Massnahme sorgfältig $a b$.

Sein Jahr als Bundespräsident will Ignazio Cassis nutzen, um den Zusammenhalt der Schweiz zu stärken: «Wir müssen die Vielfalt der Meinungen wieder als Reichtum entdecken und nicht als Bedrohung.» Schwerpunkt

## Martin Haas zieht den Kürzeren

Salmsach Gemeindepräsident Martin Haas bewahrt Stillschweigen. Und zwar darüber, was seine Lohnkürzung anbelangt: Der Gemeinderat hat ihm sein Jahressalär von 150000 Franken um 20000 Franken gekürzt, nachdem die Budgetgemeinde einen entsprechenden Antrag aus den Reihen der Stimm-
bürger gutgeheissen hatte. Dagegen wehrte sich Haas indes mittels Rekurs beim Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV). Dem Vernehmen nach war Haas damit aber nicht erfolgreich. Er dürfte den Entscheid des DIV nun ans Verwaltungsgericht weiterziehen. (tva) Arbon \& Romanshorn

## Zbinden rechtfertigt Referendum

Covid-Abstimmung Die Debatte über das Covid-Gesetz hatte die SVP Thurgau durchgeschüttelt. Ein Graben ging durch die Partei, und Wählerinnen und Wähler hatten die Partei kritisiert. Es gab auch Austritte. Ruedi Zbinden, Präsident der Kantonalpartei, verteidigt im Rückblick, dass die Partei das Referen-
dum gegen das Covid-Gesetz unterstützte. Zbinden: «Immerhin haben 38 Prozent der Stimmberechtigten Nein gesagt. Wir haben dieser Meinung Gehör verschafft, und wurden dann in die Ecke der Impfgegner gestellt. Dabei haben wir ihnen nur zugehört und sie ernst genommen.» (da) Thurgau

Der Frauenfelder Ruedi Manser besitzt über 1700 Jasskartensets


Ruedi Manser sammelt seit 33 Jahren Jasskarten. Dazu inspiriert hat ihn ein Geschenk von seiner Nichte. Das teuerste Set hat einen Wert von 400 Franken. Sein Jasswissen hat Manser in einem Buch festgehalten. Stadt Frauenfeld Bild: Raph Ribi

## Corona: Privatbereich nicht antasten

Konsultation Der Regierungsrat unterstützt die Ausweitung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Corona-Schutzmassnahmen. Wie die anderen Ostschweizer Kantone St. Gallen und beide Appenzell will er aber keine Schliessungen. Zudem spricht sich der Thurgau gegen Einschränkungen bei privaten Treffen aus. Gesundheitsdirektor Urs Martin begründet diese Haltung mit Pragmatismus: «Wenn man etwas nicht kontrollieren kann, soll man es auch nicht vorschlagen.» Der Bundesrat gibt seine Entscheidungen voraussichtlich am Freitag bekannt. (hs) Thurgau

## Dorfbevölkerung bezieht klar Stellung

Halden Ein rutschender Hang beschäftigt Einwohner und Behörden seit langer Zeit. Die Sperre der Strasse nach Bischofszell stellt die bislang letzte Eskalationsstufe dar. Um gegenüber Bund und Kanton bessere Karten zu haben, lud der Stadtrat Bischofszell die Bewohner ein, sich an einer Konsultativabstimmung zu beteiligen und ihre Präferenz bezüglich der zur Wahl stehenden Lösungsvarianten zu deklarieren. Eine deutliche Mehrheit will die Wiederherstellung der Strasse in ihrem alten Verlauf. ( $s t$ ) Amriswil \& Bischofszell

## Für die <br> Familienpolitik

Thurgau Der Regierungsrat hat dem Verein Pro Familia Ostschweiz für die Startphase einen Beitrag von 47000 Franken aus dem Lotteriefonds gewährt. Das schreibt er in einer Mitteilung. «Pro Familia Schweiz wurde 1942 gegründet und ist der Dachverband und gleichzeitig ein Kompetenzzentrum für parteipolitisch unabhängige Familienpolitik in der Schweiz.» Mit der Sektion Pro Familia Ostschweiz soll ein Verein gegründet werden, der die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen und Thurgau umfasst. Ziel der Sektion ist, lokale Akteure zusammenzubringen, sich für Anliegen der Familienpolitik stark zu machen und damit die Familienpolitik in der Region langfristig zu fördern. (red)

## Coronasituation

Zahlen im Thurgau (Veränderung gegenüber Vorwoche).

## Fälle seit März 2020:

40192 (+3459).

## Infizierte (in Isolation):

3474 (+48).

## Hospitalisiert:

63 (+11). Davon auf der

## Intensivstation:

17 (+8).
Verstorben: 527 (+8)

## 1. Impfdosis erhalten

 seit Dezember 2020:71,06 Prozent der Einwohner über 12 Jahren (davon mit Johnson \& Johnson - nur eine Impfung nötig: 0,86 Prozent)
2. Impfdosis: 65,80 Prozent.
3. Impfung: 0,52 Prozent.
(bei beeinträchtigtem Immunsystem kann es vorkommen, dass zu wenige oder keine Antikörper gebildet werden).

## Auffrischimpfung:

16,01 Prozent (39 529 Pers.).

## Korrekt

Im Interview mit dem Ärztlichen Direktor des Kantonsspitals Frauenfeld, Stefan Duewell, war in der Ausgabe vom 15. Dezember irrtümlich der Direktor Norbert Vetterli abgebildet. Wir bitten um Nachsicht für die Bildverwechslung. (red)


## Private Treffen nicht antasten

Der Thurgau unterstützt ansonsten die Ausweitung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Corona-Massnahmen.

## Hans Suter

Je länger die Coronapandemie dauert, desto nachlässiger wer den die Menschen. Das Virus freut's. Je mehr Ungeimpfte und je weniger sich die Menschen e weniger sich die Mensche chuzen, desto mehr Angriffs Hächen bieten sich ihm. Die Re sultate lassen sich messen: in Form von registrierten Anste ckungen, Hospitalisationen IPS-Patienten und Todesfällen.

Viele schreckt das nicht ode nicht mehr ab - den Bundesrat dagegen schon. Aufgrund der kritischen epidemiologischen Lage und der Situation an den Spitälern mit der hohen Bele gung der Intensivpflegestationen (IPS) hat er am vergangenen Freitag zwei Varianten für wei tergehende Massnahmen in die Konsultation gegeben. Bis Dienstag hatten die Kantonsregierungen Zeit für eine Stellungnahme.

Ostschweizer Kantone für weichere Variante
Die Regierungen der Ostschweizer Kantone Thurgau, St. Gal len, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden haben sich dazu ausgetauscht. Sie sind sich gemäss einer gemeinsamen Medienmitteilung einig, «dass die Massnahmen verstärkt werden müssen, wenn die Hospitalisationen nicht sinken und damit die Auslastung der Spitäler und insbesondere der Intensivpflegestationen nich reduziert würde». Die Kantone teilen die Meinung des Bundes rats, dass bei geimpften oder genesenen Personen das Risiko eines schweren Verlaufs der In fektion und damit das Risik ektion und damit das Risik ich kpiner ist als bi nicht impften Personen, wie es weiter heisst. Die Regierungen spre chen sich daher für die bundes rätliche Variante 1 aus.

Diese sieht in Innenberelchen die Einführung der 2G-Regel mit Masken- und Sitzpflicht vor. Zugang zu Kultur-, Sportund Freizeitbetrieben, Restaurants sowie Veranstaltungen würde geimpften und genese


Weihnachten ist auch Familientreffen. Der Kanton Thurgau spricht sich gegen Einschränkungen bei privaten Treffen aus.

Bild: Keystone
nen Personen vorbehalten. Wo die Maske nicht getragen oder nicht im Sitzen konsumiert werden kann, etwa in Discos, Bars oder bei gewissen Freizeitaktivitäten, ist zusätzlich ein negativer Test nötig (2G-plus-Regel). In der zweiten Variante wären überdies Schliessungen geplant, wo die Maske nicht getragen werden kann. Bei beiden Varianten würden ausserdem die Basismassnahmen verstärkt, etwa mit einer HomeofficePflicht und der Beschränkung privater Treffen.
Thurgau gegen Einschränkung privater Treffen
Die vier Ostschweizer Regierungen befürworten nebst dem Grundszenario in Variante 1 auch die Homeoffice-Pflicht. Abgelehnt wird hingegen die Einführung von Fernunterricht an Universitäten und Hochschulen. Im Gegensatz zu den anderen Kantonen lehnt der Kanton Thurgau zudem Einschränkungen für nicht immunisierte Personen bei privaten Treffen $a b$. Der Thurgauer Gesundheitsdirektor Urs Martin begründet die Thurgauer Haltung mit Pragmatismus: «Wenn man etwas nicht
kontrollieren kann, soll man es auch nicht vorschlagen.» Tatsächlich teilen auch die anderen Kantone die Auffassung, dass sich private Treffen nicht kontrollieren lassen.

Mit Ausnahme des Kantons St.Gallen stellen sich die Ostschweizer Regierungen auch hinter die weitreichende Testkostenübernahme des Bundes, die vom eidgenössischen Parlament beschlossen worden ist Künftig sollen die Kosten von Covid-19-Tests übernommen werden, die zu einem CovidZertifikat führen. Bezahlt werden sollen Antigen-Schnelltests und Speichel-PCR-Pooltests.


Urs Martin, Thurgauer Gesund heitsdirektor. Bild: Ralph Ribi

Nicht bezahlt werden sollen Einzel-PCR-Tests, Selbst- und Antikörpertests, die keine medizinische oder epidemiologische Indikation aufweisen.

Das kürzlich eingeführte Testregime, das auch geimpfte und genesene Personen zu Tests vor und nach der Einreise verpflichtet, hat laut der Mitteilung «diverse Umsetzungsfragen» ausgelöst. Der Bundesrat hat deshalb Kantone und betroffene Branchen auch zu Anpassungen dieses Testregimes befragt. Die Ostschweizer Regierungen begrüssen diese Anpassungen. Diese sehen vor, dass geimpfte und genesene Personen nach der Einreise nur noch einen Co-vid-19-Test machen müssen und dass Personen bei der Einreise in die Schweiz auch einen Anti-gen-Schnelltest (Gültigkeitsdauer 24 Stunden) vorweisen können. Der Bundesrat wird seine Entscheidungen voraussichtlich am Freitag bekannt geben.
Hoffnung auf Stabilisierung der Lage
Wie beurteilt der Thurgauer Gesundheitsdirektor die aktuelle Coronasituation im Kanton? «Sie ist nach wie vor ange-
spannt», sagt Regierungsrat Urs Martin. «Wir hoffen, dass sich die Lage langsam stabilisiert. Was die Spitalauslastung anbelangt, sind wir damit aber noch nicht über den Berg.» Weil der Kanton Thurgau vor zwei WoKanton Thurgau vor zwei Wo-
chen eine schärfere Maskenpflicht in Innenräumen und in pflicht in Innenräumen und in
Aussenbereichen beschlossen hat als der Bund, besteht aber eine gewisse Hoffnung auf einen Rückgang der Ansteckungen mit Covid-19. Eine Prognose zu den bevorstehenden Festtagen mag er aber noch nicht zu wagen. «Das ist erst in zehn Tagen. Das ist lange angesichts der sich schnell ändernden Umstände in der Pandemie.» Man müsse jeden neuen Tag für sich anschauen und bei Bedarf nachjustieren. Die unklare Ausweitung der neuen Coronamutation Omikron führe zusätzlich zu Unsicherheiten in der Planung.

## «Tun, was für den Kanton

## richtig ist»

Mit einem Erlass verpflichtet der Regierungsrat andere Kliniken im Thurgau, den Kantonsspitälern im Bedarfsfall nach Möglichkeit Personal zur Verfügung zu stellen. Bei den Kantonsspitälern kommt das gut an. Wie aber sieht es bei den betroffenen Kliniken aus? «Grundsätzlich sliniksen aus Grundsatzlich stosst mein Entscheid auf Verständnis», sagt Urs Martin. «Einzelne haben aber einige positiv getestete Mitarbeitende und dadurch ebenfalls eine knappe Personalsituation.»

Der Thurgauer Gesundheitsdirektor kämpft mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Corona und wirbt für das Impfen. Seine Partei, die SVP, fällt dagegen eher durch ihre impf-und massnahmenkritische Haltung auf. Wie lässt sich da regieren? «Die Meinungen innerhalb der Partei sind geteilt», hält Urs Martin pragmatisch fest. «Ich bin nicht da, die Partei zu vertreten, sondern das zu tun, was für den Kanton richtig ist.» So hält es der Geimpfte auch mit seiner Impfempfehlung: «Ich sehe keine bessere Al ternative zum Impfen.»

## Sobald der Impfstoff da ist, geht es los

Bis die ersten Kinder in der Ostschweiz geimpft werden, dauert es noch etwas - noch fehlt der Impfstoff.

> Regula Weik
> Über die Kinderimpfung wird in weiten Kreisen debattiert. Und wie immer geht es den einen zu schnell, den anderen zu lang sam. Macht es für die einen Sinn, für die anderen überhaupt nicht. Österreich impft die Kin der bereits seit November, der bereits seit Novembe Deutschland startet in diese Tagen damit. Am Dienstagnach mittag haben die Eidgenössische Impfkommission und das Bundesamt für Gesundheit die Kinderimpfung empfohlen Christoph Berger, Präsident der Impfkommission, sagte vor den Medien:«Wir empfehlen die Covid-Impfung allen Kindern
von fünf bis elf Jahren-nach individueller Abwägung durch die Eltern.» Dies, um Quarantänen zu vermeiden und gefährdete Personen zu schützen.

## Wann kommt

## der Impfstoff?

Nun liegen also Zulassung und Empfehlung der Experten auf dem Tisch. Wie weit sind die Vorbereitungsarbeiten in den Ostschweizer Kantonen?

Auf die Frage nach dem Impfstart für Kinder antwortet das Gesundheitsdepartement des grössten Ostschweizer Kantons: «Derzeit ist noch unklar, wann wir den Kinderimpfstoff in der Schweiz beziehungsweise
m Kanton St Gallen erhalten werden.» Dennoch hält das St. Galler Gesundheitsdepartement fest: «Wir planen, am 12 Januar mit den Impfungen von Kindern zu starten.» Vorausgesetzt, der Impfstoff ist dann vorhanden. Sobald klar sei, wann lieser im Kanton eintreffe, wür en auch die Anmeldungenzur den auch die Anmeldungen zur mpfung geöffnet. «Wir gehen derzeit davon aus, dass dies noch vor Weihnachten der Fal ein wird.»
Auch Appenzell Ausserrhoden erklärt auf Anfrage: «Wir gehen davon aus, dass ab Anfang Jahr die Impfung von Kindern möglich sein wird.» Und auch in Ausserrhoden soll dies
in erster Linie im Impfzentrum geschehen. Mögliche Ausnahmen seien chronisch kranke Kinder. Diese würden in den ärztlichen Praxen geimpft; dies werde aber noch im Detail geklärt.«Wir sind bereit», sagt Mathias Cajochen, Sekretär des Innerrhoder Gesundheits- und Sozialdepartements. Die Inner Sozialdepartements. Die Innerrhoder Kinder werden in den Hausarztpraxen geimpft. Im

